

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.
Geschäftsstelle der BAG Brunnenstraße 128 13355 Berlin

Rita Pawelski
Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 27. September 2012

Sehr geehrte Frau Pawelski,

mit den Stimmen von zwei CDU-geführten Großen Koalitionen hat der Bundesrat am 21. September eine gesetzliche Mindestquote für die Aufsichtsräte börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen beschlossen. Die Hamburger Initiative sieht lange Übergangsfristen (bis 2023) in einem zweistufigen Verfahren (2018:20%; 2023: 40%) vor - und gewährleistet damit „die breite Akzeptanz auf Seiten der betroffenen Unternehmen“, wie es im Entwurf heißt.

Im Vordergrund: Das Anliegen der Frauen

Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat ihre Zustimmung zur Initiative Hamburgs so begründet: „Ich stelle mich damit hinter das Anliegen der Frauen, hinter dem ich schon immer gestanden habe, und ich sehe keinen Sinn darin, einen Standpunkt zu verändern, bloß weil er von einem Land eingebracht wird, das SPD-regiert ist.“

Hamburger Entwurf bleibt weit hinter Berliner Erklärung zurück

Auch Sie und viele Ihrer Fraktions- und Parteikolleginnen haben sich Ende vergangenen Jahres hinter die Sache der Frauen gestellt: mit der Berliner Erklärung. Mit ihr haben Sie in einem überfraktionellen Konsens deutlich gemacht: Ohne gesetzliche Regelung schaffen Frauen den Sprung in die Top-Etagen der Unternehmen nicht. Weiterhin stehen Sie mit der Erklärung dafür, als ersten Schritt eine Mindestquote von 30 Prozent auf den Weg zu bringen. Das Hamburger Modell bliebe damit also weit hinter ihren Vorstellungen zurück.

Sprecherinnengremium

Roswitha Bocklage
Stadt Wuppertal
Leiterin der Gleichstellungsstelle
für Frau und Mann
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel 0 20 2 – 5 63 53 70
Fax 0 20 2 – 5 63 84 91
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de

Petra Borrmann
Stadt Delmenhorst
Gleichstellungsbeauftragte
Rathausplatz 1
27749 Delmenhorst
Tel 0 42 21 - 99 11 87
Fax 0 42 21 - 99 14 11 87
petra.borrmann@delmenhorst.de

Heidrun Dräger
Landkreis Ludwigslust-Parchim
Beauftragte für Gleichstellung
und Migration
Putlitzer Straße 25
19370 Parchim
Tel 0 38 71 - 7 22 22 0
Fax 0 38 71 – 7 22 22 39 0
h.draeger@ludwigslust.de

Beate Ebeling
Stadt Wolfsburg
Gleichstellungsbeauftragte
Porschestraße 49
38440 Wolfsburg
Tel 0 53 61 - 28 27 62
Fax 0 53 61 – 28 21 12
beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de

Katrin Morof
Landkreis Helmstedt
Gleichstellungsbeauftragte
Südertor 6
38350 Helmstedt
Tel 0 53 51 - 1 21 16 26
Fax 0 53 51 – 1 21 16 26
gleichstellungsbeauftragte@
landkreis-helmstedt.de

Carmen Munoz-Berz
Stadt Waldbröl
Gleichstellungsbeauftragte
Theodor-Storm-Straße 6
51545 Waldbröl
Tel 0 22 91 – 90 81 15
Fax 0 22 91 – 90 81 55
carmen.munoz-berz@waldbroel.de

Gabriele Wenner
Stadt Frankfurt am Main
Leiterin des Frauenreferates
Hasengasse 4
60311 Frankfurt am Main
Tel 0 69 – 21 23 63 62
Fax 0 69 – 21 23 07 27
gabriele.wenner@stadt-frankfurt.de

Nicht nur weiße Salbe verteilen

Fast 17.000 Männer und Frauen haben Ihnen bis heute mit Ihrem Namen ihre Rückendeckung gegeben. Verteilen Sie nicht weiße Salbe mit der Berliner Erklärung. Verhelpen Sie solchen öffentlichkeitswirksamen Willensbekundungen auch zu Durchsetzungskraft. Stimmen Sie im Bundestag für den Hamburger Gesetzentwurf. Folgen Sie Ihrem frauenpolitischen Gewissen.

Wir, die etwa 1.900 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Deutschland, sehen im Hamburger Entwurf nur einen ersten, wenngleich auch überfälligen Schritt. Ziel muss Parität sein. Ziel muss eine gesetzliche Quote nicht nur für Aufsichtsräte, sondern auch für die Vorstände sein.

Mit freundlichen Grüßen

Roswitha Bocklage
für das Sprecherinnengremium